

der § Baun Art. 8 für de	§§ 9 und 10 des B autzungsverordnu 31 der Bayerische	Gemeinde xxx erlässt auf der Grundlage des § 2 Abs. 1, augesetzbuches (BauGB) i. V. m. §§ 1 – 23 der ng (BauNVO), der Planzeichenverordnung (PlanZV), n Bauordnung (BayBO) sowie Art. 23 der Gemeindeordnung rn (GO), jeweils in der zum Satzungsbeschluss gültigen Fassung, o
		Satzung
Α. Ι	festsetzun	GEN
1 G	ELTUNGSBEREI	СН
1.1		Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
2 A	RT DER BAULIC	CHEN NUTZUNG
2.1	SO Nahversorgung	Sondergebiet Nahversorgung
2.2	WA 1	Allgemeines Wohngebiet, z. B. WA 1
3 N	MASS DER BAUL	LICHEN NUTZUNG, GESCHOSSIGKEIT
3.1	GRZ 0,4	Grundflächenzahl, z.B. 0,4
3.2	WH 6,5 m	Wandhöhe in Metern über dem Höhenbezugspunkt als Höchstmaß, z.B. 6,5 m
3.3	FH 8,5 m	Fristhöhe in Metern über dem Höhenbezugspunkt als Höchstmaß, z.B. 8,5 m
3.4	III	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß, z.B. III
4 B	AUGRENZEN, E	BAUWEISE
4.1	•	Baugrenze
4.2	EH	Einzelhäuser
4.3	DH	Doppelhäuser
4.4	RH	Reihenhäuser
5 VI	ERKEHRSFLÄCH	HEN
5.1		öffentliche Straßenverkehrsflächen
5.2	Str.	Straßenbegrenzungslinie
5.3	Str.	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
6 G	RÜNORDNUNC	3
6.1		Flächen zu begrünen und zu bepflanzen
6.2		Spielplatz
7 S	ONSTIGES	
7.1	• • •	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (Art und Maß der Nutzung)
7.2	⊕ 569,5	Höhenbezugspunkt i. m ü. NN (z. B. 569,5 m)
7.3		Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen

Anlieferzonen, Aufstellflächen für Einkaufswagen. 3 Maß der baulichen Nutzung

3.1 Im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 und WA 2 darf die festgesetzte Grundfläche durch die Grundflächen von Nebenanlagen und Tiefgaragen einschließlich ihrer Zufahrten bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 überschritten werden.

3.2 Im SO Nahversorgung darf die festgesetzte Grundfläche durch die Grundfläche der Stellplatzanlage bis zu einer Grundflächenzahl von 0,9 überschritten werden.

4.1 Für die Wandhöhen der Gebäude werden folgende Höhenbezugspunkte als untere Bezugspunkte festgesetzt:

7.19 Gesamtschalldämm-Maß der Außenbauteile erf. R'w, ges: 30dB

B. KENNZEICHNUNGEN UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

1 -··— ··- außerhalb von Ortsdurchfahrten (20 m ab äußerer Rand der

vorgeschlagener Standort für Bäume

1.1 Im Allgemeinen Wohngebiet WA sind ausschließlich die gem. §4 Abs. 2 Ziff. 1 und 2

Lebensmittelmarktes mit einem integrierten Backshop mit Kleingastronomie sowie

2.2 Im Rahmen dieser allgemeinen Zweckbestimmung sind folgende Hauptnutzungen

ein Lebensmittelmarkt mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.400 m²

• ein Backshop mit Kleingastronomie mit einer max. Verkaufsfläche von 150 m²

Räume für freie Berufe sowie soziale, sportliche und gesundheitliche Zwecke

Flächen und Einrichtungen die mit den zulässigen Nutzungen in funktionalem

Zusammenhang stehen wie z.B. Stellplätze für PKW und Fahrräder,

1.2 Im Allgemeinen Wohngebiet sind die gem. §4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise

2.1 Das Sondergebiet SO Nahversorgung dient der Unterbringung eines

eine Freischankfläche mit einer Größe von max. 150 m²

eine Apotheke mit einer Größe von max. 300 m²

Anbauverbotszone gem. Art. 23 BayStrWG an Staatsstraßen

7.20 — Straßenverlauf Planung

7.25 $\stackrel{2,0}{\searrow}$ Bemaßung in Meter

Baumgraben

C. HINWEISE DURCH PLANZEICHEN

vorhandene Bäume

Flurstücksgrenzen

115 / 3 Flurstücksnummer

7 $\stackrel{2,0}{\smile}$ Bemaßung in Meter

D. FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

zulässigen Nutzung nicht zulässig.

eines Ärzte- & Gesundheitszentrums.

2 Sondergebiet Nahversorgung

BauNVO zulässigen Nutzungen allgemein zulässig.

Stellplätze

1 Allgemeines Wohngebiet

ökologisch wertvolle Bäume

 SO Nahversorgung, nördlicher Bauraum: 568,3 m über Normalnull SO Nahversorgung, südlicher Bauraum: 569,5 m über Normalnull ■ WA 1: 569,5 m über Normalnull

 WA 2 und WA 3 568,4 m über Normalnull 4.2 Der obere Bezugspunkt für die absoluten Wandhöhen wird durch den Schnittpunkt der aufgehenden Wand mit der Dachhaut definiert. Sofern bei Flachdächern eine Attika ausgebildet wird ist hier der obere Bezugspunkt die Oberkante der Attika.

5 Dachaufbauten, Dachgestaltung

5.1 Im gesamten Planungsgebiet sind ausgenommen von Kaminen, Abluftschächten etc. sowie Anlagen zur Nutzung des Sonnenlichts und der Sonnenenergie und Oberlichter keine Dachaufbauten zulässig. Anlagen zur Nutzung des Sonnenlichtes sind bündig mit dem Satteldach herzustellen.

5.2 Im Sondergebiet SO Nahversorgung sind Dachgauben / Zwerchgiebel unzulässig. 5.3 In den Allgemeinen Wohngebieten sowie im südlichen Bauraum des SO

Nahversorgung sind Satteldächer ausschließlich mit rot-braunen Dachziegeln einzudecken. Für die Dacheindeckung dürfen im gesamten Planungsgebiet ausschließlich nicht reflektierende Materialien verwendet werden. 5.4 In den Allgemeinen Wohngebieten sind bei Errichtung von Satteldächern

Dachgauben / Zwerchgiebel mit einer maximalen Breite von 3 m auf maximal 30% der Gesamtfirstlänge zulässig. Die Dachgauben / Zwerchgiebel müssen einen Mindestabstand von 2 m zur jeweiligen Giebelaußenwand einhalten. Je Einzelhaus, Doppelhaushälfte, Reihenhaus ist maximal eine Dachgaube zulässig. 5.5 Im WA 3 sind Dachgauben/Zwerchgiebel ausschließlich nach Süd-Westen

orientiert zulässig.

Baukörper zulässig.

6.1 Im Bereich mit einer zulässigen Höhenentwicklung von einem Vollgeschoss im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 sind Schallschutzwände in transparenter

Ausführung bis zur realisierten Höhe der aufgehenden Wand der angrenzenden

6.2 Die Garagen-/Carportanlage im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 ist durchgängig in geschlossener Bauweise zu errichten.

7.1 Nebenanlagen sind ausschließlich innerhalb der Bauräume und in den festgesetzten Flächen für Nebenanlagen zulässig. Hiervon ausgenommen sind Spielflächen, Zufahrten und Wege innerhalb der als zu begrünen und zu bepflanzen festgesetzten Flächen.

7.2 Spielflächen, Zufahrten, Wege sowie offene Stellplätze sind mit sickerfähigen Belägen, wie zum Beispiel Pflasterbelägen, herzustellen.

8.1 Es ist die Stellplatzsatzung der Gemeinde Hohenbrunn in der jeweils gültigen

9.1 Werbeanlagen sind ausschließlich im Sondergebiet SO Nahversorgung zulässig.

9.2 Es ist ausschließlich ein freistehender Werbepylon mit einer Höhe von maximal 9 m und

einer Breite von maximal 1m im Bereich der Zu- und Ausfahrt zulässig. 9.3 Werbeanlagen an der Fassade sind nur als Einzelbuchstaben oder Firmenlogos zulässig.

9.4 Werbeanlagen über der Dachtraufe Oberkante Attika, Blink- und Wechselbeleuchtung sowie laufende Schriften sind unzulässig.

9.5 Fremdwerbung ist ausgeschlossen.

10.1 Einfriedungen sind im gesamten Planungsgebiet unzulässig. Hiervon ausgenommen ist eine Einzäunung der Stellplatzanlage im SO Nahversorgung sowie Einfriedungen entlang der Grundstücksgrenzen im Allgemeinen Wohngebiet WA 3.

10.2 Einfriedungen sind nur als sockellose, verzinkte Drahtgeflechtzäune mit einer Höhe von 1,10 m sowie einer Heckenhinterpflanzung zugelassen. Die Bodenfreiheit muss mindestens 10 cm betragen.

11.1 Die Bepflanzung der Freiflächen innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans ist entsprechend den planerischen und textlichen Festsetzungen herzustellen und zu erhalten. Ausgefallene Bäume und Sträucher sind nachzupflanzen. Nachpflanzungen haben den festgesetzten Güteanforderungen gem. Pflanzliste D 11.13 zu entsprechen.

11.2 Für nicht überbaute Flächen innerhalb der Bauräume oder der Abgrenzungen für Nebenanlagen gelten die angrenzenden grünordnerischen Festsetzungen entsprechend.

11.3 Die gemäß Planzeichnung als zu begrünen und zu bepflanzen festgesetzten Flächen sind als Rasen oder blütenreiche, bienen- und insektenfreundliche Pflanzflächen gärtnerisch herzustellen, zu pflegen und zu erhalten.

11.4 Beim Verlust von Bäumen, die gemäß Planzeichnung C.3 als ökologisch wertvoll dargestellt sind, ist im allgemeinen Wohngebiet pro gefälltem Baum ein großer standortgerechter, heimischer Laubbaum mit einer Pflanzqualität gem. D.11.8 nachzupflanzen.

11.5 Im Sondergebiet ist pro 450 qm und im allgemeinen Wohngebiet pro 200 qm nicht mit Gebäuden überbauter Grundstücksfläche mindestens ein heimischer, standortgerechter Laubbaum gem. Pflanzliste D 11.13 und Pflanzqualität D.11.8 zu pflanzen. Bestehende Bäume, die bei Planung erhalten werden sowie zu pflanzende Bäume gem. D 11.4, können darauf angerechnet werden.

11.6 Östlich der Putzbrunner Straße ist eine Baumreihe aus mindestens 12 standortgerechten, heimischen Laubbäumen herzustellen. Bestehende Bäume, die bei Planung erhalten werden, können darauf angerechnet werden.

11.7 Entlang der Planstraße im Wohngebiet sind mindestens 7 heimische, standortgerechte Laubbäume als Baumreihe zu pflanzen.

11.8 Bäume, die gepflanzt werden, müssen zum Zeitpunkt der Pflanzung mindestens folgenden Qualitäten entsprechen:

Große Laubbäume (Endwuchshöhe über 20 m) mit einem

Mindeststammumfang von 20-25 cm, Mittlere Laubbäume (Endwuchshöhe 10-20 m) mit einem

Mindeststammumfang von 18-20 cm Kleine Laubbäume (Endwuchshöhe <10 m) mit einem Mindeststammumfang von 16-18 cm zu pflanzen.

11.9 Bei Pflanzung von großen Bäumen in Belagsflächen ist eine durchwurzelbare, spartenfreie Mindestfläche von 24 m², auf Tiefgaragen und sonstigen unterbauten Flächen eine durchwurzelbare Mindestschichtdicke von 1,20 m vorzusehen. Bei Pflanzung von mittelgroßen oder kleinen Bäumen in Belagsflächen ist eine durchwurzelbare, spartenfreie Mindestfläche von 12 m², auf Tiefgaragen und

11.10 Ausnahmsweise sind auch überdeckte Baumscheiben zulässig, sofern diese aus gestalterischen oder funktionalen Gründen erforderlich sind und der langfristige Erhalt der Bäume durch geeignete technische Maßnahmen gewährleistet wird.

sonstigen unterbauten Flächen eine durchwurzelbare Mindestschichtdicke von 0,80 m

11.11 Nebenanlagen wie Müllhäuser, Carports, Garagen oder Seitenwände von Tiefgaragenzufahrten, geeignete und überwiegend fensterlose Gebäudefassaden sowie nicht transparente Lärmschutzwände sind mit ausdauernden Kletterpflanzen gem. Pflanzliste D 11.13 zu begrünen, dauerhaft zu erhalten und zu pflegen.

11.12 Flachdächer von Nebenanlagen sind extensiv mit einer blütenreichen Sedum-Mischung zu begrünen. Die durchwurzelbare Schicht muss mindestens 10 cm betragen.

11.13 Pflanzliste

Große Laubbäume Spitz-Ahorn Acer platanoides Acer pseudoplatanus Berg-Ahorn Caprinus betulus Hainbuche Gemeine Esche Fraxinus excelsior Juglans regia Walnuss Quercus robur Stiel-Eiche Trauben-Eiche Quercus petrea Tilia cordata Winter-Linde

Mittelgroße Laubbäume Acer campestre i.S. Prunus avium i.S.

Sorbus aria Sorbus intermedia Sorbus aucuparia

Vogel-Kirsche Echte Mehlbeere Schwedische Mehlbeere

Feld-Ahorn

Kleine Laubbäume

Prunus domestica i.S. Zwetschge Pyrus communis i.S. Pyrus domestica i.S. Kultur-Birne Malus sylvestris Holzapfel Malus domestica i.S. Kultur-Apfel

<u> Kletterpflanzen (2xv., mit Topfballen)</u> Akebia quinata

ingerblättrige Akebie Clematis vitalba Gewöhnliche Waldrebe Hedera helix Gewöhnlicher Efeu Rostrote Weinrebe Vitis coignetiae Parthenocissus quinquefolia

Emissionskontingente

12.1 Zulässig sind Betriebe, deren je Quadratmeter Grundfläche abgestrahlte Schallleistung die Emissionskontingente LEK nach DIN 45691 entsprechend den Angaben in der folgenden Tabelle weder tags (06:00 –22:00 Uhr) noch nachts (22:00 -06:00 Uhr) überschreiten:

Lärmkontingente LEK

12.2 Für die im Plan dargestellten Richtungssektoren A bis D erhöhen sich die Emissionskontingente LEK um folgende Zusatzkontingente:

Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691:2006-12, Abschnitt 5, wobei in den Gleichungen (6) und (7) für Immissionsorte j im Richtungssektor LEK,i durch LEK,i,j zu

12.3 Anhand von schalltechnischen Gutachten ist beim Baugenehmigungsverfahren bzw. Nutzungsänderungsantrag von anzusiedelnden Betrieben nachzuweisen, dass die festgesetzten Emissionskontingente nicht überschritten werden. Dieser Nachweis ist nach TA Lärm unter Berücksichtigung der Schallausbreitungsverhältnisse der vom Vorhaben ausgehenden Geräusche zu führen.

13.1 Die gemäß Planzeichen A) 7.16 - 7.19 festgesetzten Gesamtschalldämm-Maße der Außenbauteile erf. R'w,ges sind einzuhalten, sofern sich dahinter schutzbedürftige Räume befinden. Bei ausgebauten Dachgeschossen mit darunter liegenden schutzbedürftigen Räumen gilt für das Dach dasselbe Gesamtschalldämm-Maß wie

13.2 Das erforderliche Schalldämmmaß von Fenstern für die schutzbedürftigen Fassadenseiten ist nach DIN 4109 und VDI 2719 zu bestimmen. Die Festlegung der Schallschutzklassen für die Fenster bestimmt sich nach VDI 2719.

13.3 Werden schutzbedürftige Räume ausschließlich über die gem. A) 7.16 - 7.19 gekennzeichneten Fassadenseiten über Fenster nach Süden belüftet, sind schallgedämmte Lüftungseinrichtungen erforderlich.

13.4 Im Baugenehmigungsverfahren kann die Einhaltung der Anforderungen an die Luftschalldämmung der Außenbauteile nach DIN 4109 nachzuweisen sein.

13.5 Außenwohnbereiche, wie beispielsweise Gärten, Terrassen, Balkone und Loggien offene Loggien sind an den West, Nord- und Südfassaden im WA1 nicht zulässig mit Planzeichen A.7.16 gekennzeichneten Fassaden unzulässig. Hiervon kann abgewichen werden, wenn das gem. Planzeichen , außer das erforderliche festgesetzte Schalldämmmaß gemäß Planzeichnung wird durch passive Schallschutzmaßnahmen wie Verglasungen etc. in diesen Außenwohnbereichen eingehalten werden kann.

E. HINWEISE DURCH TEXT

Geltende Satzungen

1.1 Es gelten die kommunalen Satzungen uneingeschränkt in der zum Zeitpunkt des Bauantrages jeweils gültigen Fassung.

2 DIN-Normen/technische Regelwerke

2.1 Die in den Festsetzungen und Hinweisen in Bezug genommenen DIN-Normen (DIN 18915, DIN19731) und technischen Regelwerke (TRENGW, NWFeriV) können bei der Gemeindeverwaltung zu den üblichen Dienstzeiten eingesehen werden.

3.1 Das Niederschlagswasser von Dachflächen oder sonstigen befestigten Flächen des Baugrundstücks ist oberflächig und möglichst breitflächig zu versickern z.B in Versickerungsmulden oder –gräben. Eine Rigolen-Versickerung ist ebenfalls zulässig, sofern nachgewiesen wird, dass die verfügbaren Flächen für die oberflächige Versickerung nicht ausreichen.

3.2 Bei unzureichender Sickerfähigkeit des Bodens ist die Niederschlagsbeseitigung auf eine andere geeignete Weise (z.B. durch Anschluss an den öffentlichen Regenwasserkanal, geeignete Rückhaltevorrichtungen auf dem Baugrundstück) sicherzustellen.

4 Grundwasser

4.1 Sollten trotz des hohen Grundwasserflurabstandes Bauwerke, wie z.B. Tiefgaragen und Keller in den Grundwasserkörper hineinreichen, sind diese wasserdicht auszubilden und auftriebssicher herzustellen. Für Bauwerke, die so tief gründen, dass ein Grundwasseraufstau zu erwarten ist, muss ein wasserrechtliches Verfahren durchgeführt werden. Gleiches gilt für eine eventuell erforderliche Bauwasser-

5 Schutzmaßnahmen bei Starkregenereignissen

5.1 Zum Schutz gegen örtliche Starkniederschläge wird bei Gebäudeöffnungen empfohlen, die Unterkante von Öffnungen (wie Türen, Lichtschächte etc.) mit einem Sicherheitsabstand von 20 cm über der Geländeoberkante bzw. Straßenoberkante zu legen.

6.1 Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplans ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7 Abs. 1 Bayerischem Denkmalschutzgesetz einzuholen, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist.

7.1 Sollten bei den Aushubarbeiten im Geltungsbereich optische oder organoleptische Auffälligkeiten festgestellt werden, die auf eine schädliche Bodenveränderung oder eine Altlast hindeuten, ist laut Mitteilungspflicht gem. Art. 1 BayBodSchG die zuständige Behörde (Landratsamt München) zu benachrichtigen und das weitere Vorgehen abzustimmen.

8.1 Nach § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend

Vorsorgender Bodenschutz

umgegangen werden. Die Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung sind auf das notwendige Maß zu begrenzen. Zum Schutz des Bodens werden die Normen DIN 18915 Kapitel 7.4 sowie DIN 19731 zur Anwendung empfohlen. Vor Beginn der baulichen Arbeiten ist auf der überbaubaren Grundstücksfläche der Oberboden abzutragen, getrennt zu lagern und nach Abschluss der Baumaßnahme wieder einzubauen. Er darf nicht durch Baumaschinen verdichtet, mit Unterboden vermischt oder überlagert werden. Die Bodenmieten sind bei einer Lagerungsdauer von mehr als 2 Monaten zu begrünen. Flächen, die zur Begrünung vorgesehen sind, sollten nicht befahren werden. Um zusätzlich mögliche Verdichtungen vorzubeugen, soll das Gelände nur bei trockenen Boden- und Witterungsverhältnissen befahren werden.

9.1 Um Vogelschlag an Glasfassaden und transparenten Lärmschutzwänden zu vermeiden, sind an Glasflächen ab einer Größe von 2 qm vogelschlagsichere Maßnahmen zu treffen. Das Maßnahmenblatt "Vogelschlag an Glasflächen vermeiden" des LfU ist zu beachten.

10.1 Folgende Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität sind durchzuführen, um die Gefährdungen lokaler Populationen zu

10.2 M1: Schutz von Fledermäusen Der Abriss der Hütte ist nur im Winterhalbjahr (1. November bis 1. März)

durchzuführen. Ist dies nicht möglich, so ist die Hütte (Innenraum) im Sommer (zwischen Juni und August) vor dem geplanten Abriss, auf Fledermausspuren bzw. auf Wochenstuben von Fledermäusen von einem Fachbiologen zu kontrollieren. 10.3 M2: Verminderung von Störungen für Brutplätze, Quartiere, Jagdhabitate und

Verbundlebensräumen von Fledermäusen und Brutvögeln Verbindlicher Einsatz von UV-armen Leuchtmitteln (LED-Leuchten oder Natriumdampflampen) und verbindlicher Verzicht auf Kugelleuchten und Beleuchtungseinrichtungen mit ungerichtetem frei strahlendem Beleuchtungsbereich. Verbindlicher Einsatz von Beleuchtungseinrichtungen mit einem Hauptstrahlwinkel von unter 70° zur Straßenbeleuchtung. Die Beleuchtung ist in allen Bereichen auf ein Minimum zu reduzieren.

10.4 M3: Erhalt und Schutz wertvoller Bäume Zu erhaltende Bäume sind gegenüber mechanischen Schäden einschl. ihres jeweiligen Wurzelbereiches durch einen ca. 2,0 m hohen, ortsfesten Zaun zu

10.5 M4: Zeitliche Festsetzung zur Rodung

Rodungsarbeiten sind nur außerhalb der im §39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG festgelegten Brut-, Nist-, Lege- und Aufzuchtszeiten der Brutvögel und somit nur außerhalb der Zeit zwischen 1. März und 30. September durchzuführen.

11 Lärmkontingente

schützen.

11.1 Die maßgeblichen und relevanten Immissionsorte im Wirkungsbereich der Anlagen wurden gemäß schalltechnischer Untersuchung vom 17.05.2018 bei der Ermittlung der Planwerte entsprechend berücksichtigt. Es wurden Geräuschkontingente für die Teilfläche SO Nahversorgung festgesetzt.

11.2 Darüber hinaus werden die folgenden Schallschutzmaßnahmen empfohlen, die im Zuge der Baugenehmigungsplanung konkretisiert werden sollten: Die Fahrwege von Parkplätzen sind gegebenenfalls zu asphaltieren. Alternativ

hierzu können für die Fahrwege ungefaste Pflastersteine verwendet werden. Technische Anlagen und Aggregate sollten im n\u00f6rdlichen Bereich von Gebäuden situiert und nach Norden ausgerichtet werden. Die Abschirmwirkung von Gebäuden sollte bei technischen Anlagen

ausgenutzt werden.

Dr. Stefan Straßmair - Erster Bürgermeister -8. Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan wurde am gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.

Dr. Stefan Straßmair - Erster Bürgermeister

Hohenbrunn, den

VERFAHRENSVERMERKE

ortsüblich bekannt gemacht.

stattgefunden.

öffentlich ausgelegt.

Satzung beschlossen.

7. Ausgefertigt,

Hohenbrunn, den

1. Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 23.03.2017 die Aufstellung des

Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 16.07.2018

2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher

vom hat in der Zeit vom bis stattgefunden.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher

der Fassung vomhat in der Zeit vom bis

der Zeit vombeteiligt.

Dr. Stefan Straßmair - Erster Bürgermeister

Hohenbrunn, den

Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung

Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplans in

4. Zu dem Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom wurden die

Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in

5. Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom wurde mit der

6. Die Gemeinde Hallbergmoos hat mit Beschluss des Gemeinderats vom

den Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom als

Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom bis bis





VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN NR. 86 "Putzbrunner Straße"

Flurnummern 107, 123, 127/1, 130, 140, 107/1, 103/2, 131

Verfahren gemäß § 3 Abs. 1 BauGB xx.xx.2018-Verfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB XX.xx.2018 Auslegungsbeschluss Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB Verfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB Satzungsbeschluss

PLANVERFASSER:

DRAGOMIR STADTPLANUNG GmbH Nymphenburger Straße 29 80335 München